

19. Wahlperiode

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **ÖPNV in Berlin endlich leistungsfähig, zuverlässig, sicher und barrierefrei machen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den öffentlichen Personennahverkehr in Berlin mit Priorität zu stärken und dem Abgeordnetenhaus bis zum 30. September 2026 ein verbindliches Maßnahmenpaket vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte umfasst:

#### **1. Takt und Kapazität erhöhen**

Taktverdichtungen in den Hauptverkehrszeiten, ein zuverlässiger Nachtverkehr in den Außenbezirken sowie zusätzliche Kapazitäten auf stark frequentierten Linien sind kurzfristig umzusetzen.

#### **2. Anbindung verbessern und bei Stadtentwicklung von Anfang an mitplanen**

Neubaugebiete, neue Wohngebiete, Stadtquartiere, Gewerbe- und Industrieflächen sowie bislang unzureichend erschlossene Stadtteile sind durch neue Buslinien, Expressverbindungen und bedarfsgerechte Rufverkehre besser an den ÖPNV anzubinden. Bei der Planung neuer Wohngebiete und Stadtquartiere ist die ÖPNV-Anbindung von Anfang an mitzudenken; sie muss spätestens mit Bezugsfertigkeit der ersten Wohnungen tatsächlich gewährleistet sein.

#### **3. Infrastruktur modernisieren**

Die Sanierung und der Ausbau von U-Bahn-, S-Bahn-, Tram- und Bushaltestelleninfrastruktur sind zu beschleunigen; Aufzüge, Hochbahnsteige, klare Wegführung und barrierefreie Zugänge sind flächendeckend sicherzustellen. Die Modernisierung der Betriebssteuerung, insbesondere die beschleunigte Einführung moderner Zugsteuerungssysteme wie CBTC, ist zu forcieren, um Taktstabilität und Kapazität zu steigern. Ergänzend ist an stark frequentierten U-Bahnhöfen die Trennung von Gleis und Bahnsteigkante zu prüfen. Bei der S-Bahn sind entlang der Ringbahnstrecke an stark frequentierten Abschnitten zusätzliche Bahnsteigkanten einschließlich des

entsprechenden Stromschieneninfrastruktur aufzubauen, um den Ein- und Ausstieg auf beiden Seiten zu ermöglichen und damit die Fahrgastwechselzeiten zu verkürzen.

4. **Barrierefreiheit verbindlich und umfassend umsetzen**

Barrierefreiheit ist als Grundprinzip des ÖPNV zu behandeln; dazu gehören funktions-tüchtige Aufzüge, taktile Leitsysteme, automatische Ansagen, visuelle Informationen und digitale Zugänglichkeit in einfacher Sprache. Barrierefreiheit ist dabei ausdrück-lich auch für kognitiv eingeschränkte Personen sicherzustellen, insbesondere durch leicht verständliche Leitsysteme, klare Piktogramme, einfache Sprache und verlässli-che, niedrigschwellige Orientierungshilfen.

5. **Fahrgastinformation in Echtzeit verbessern**

Der Senat wird aufgefordert, ein einheitliches Echtzeit-Fahrgastinformationssystem über App, Web und Anzeigetafeln zu schaffen, das Verspätungen, Störungen und Um-leitungen verlässlich und frühzeitig anzeigt. Fahrgäste sind auf allen gängigen Social Media-Kanälen in Echtzeit über Störungen, Ausfälle, Umleitungen und sonstige be-triebliche Einschränkungen zu informieren. Hierzu gehört auch der Kurznachrichten-dienst X, auf den zurückzukehren die BVG verbindlich aufzufordern ist. Eine umfas-sende, frühzeitige und klare Fahrgastkommunikation ist essentieller Bestandteil der Sicherstellung eines möglichst reibungslosen Verkehrsablaufs. Die Bedürfnisse kogni-tiv beeinträchtigter Personen sind entsprechend zu berücksichtigen.

6. **Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit konsequent erhöhen durch Einführung phy-sischer Zugangsbeschränkungen**

An Haltestellen, in Fahrzeugen und an Umsteigeknoten sind mehr Sicherheitspersonal, bessere Beleuchtung, Notrufsysteme, Videoüberwachung an neuralgischen Punkten sowie ein verbindlicher Sauberkeitsstandard einzuführen. Nicht-Passagiere sind kon-sequent von Bahnsteigen fernzuhalten. Hierzu sind Zugangsbeschränkungen nach Pa-riser Vorbild zu planen, bei der der Zutritt zu bahnsteignahen Bereichen grundsätzlich nur nach vorheriger Prüfung eines gültigen Fahrscheins bzw. Zugangsmediums über eine Sperrlinie erfolgt. Darüber hinaus sind Personen, die sich ohne berechtigten Auf-enthaltzweck im Bahnhofsbereich aufhalten, aus dem gesamten Bahnhofsbereich konsequent zu verweisen, um Sicherheit, Ordnung und ein ungestörtes Beförderungs-erlebnis für Fahrgäste sicherzustellen.

7. **Attraktivitätssteigerung durch Klimatisierung und Beheizung, insbes. auch an Bushaltestellen und in U-Bahnen Bahnhöfe**

Überdachte Wartebereiche, Sitzgelegenheiten, bessere Beleuchtung, klare Beschilderung und digitale Orientierungshilfen sind an wichtigen Haltestellen und Knotenpunk-ten auszubauen. Zudem fordern wir, stark frequentierte Bus- und Tramhaltestellen photovoltaikgestützt beheizbar und klimatisierbar auszustatten, wofür einsatztaugliche Systeme bereits existieren. Zur Verringerung von Vandalismusschäden ist außerdem der vermehrte Einsatz von Plexiglas bei Wartestellenhäuschen zu prüfen. In einem Pi-lotprojekt zusammen mit einem Hersteller von U-Bahn-Zügen ist die Einführung kli-matisierter U-Bahnen zu evaluieren.

8. **ÖPNV, Taxi und neue Verkehrsträger vernetzen**

Der Senat soll die Verknüpfung von ÖPNV, Taxi, Rufbus und anderen ergänzenden Mobilitätsangeboten verbessern, insbesondere für Abend-, Nacht- und Randlagen. Zu-dem ist die Seilbahn als reguläres Verkehrsmittel in der ÖPNV-Infrastruktur mitzu-denken und bei geeigneten Entwicklungsachsen ergebnisoffen zu prüfen. Die intelli-gente Einbeziehung von Sharing-Angeboten, Jelbi-Stationen etc. soll Bestandteil der ÖPNV-Strategie sein.

**9. Leistungsorientiertes Gesamtkonzept statt teurer Klimaexperimente vorlegen**

Der Senat wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept vorzulegen, das den ÖPNV als Rückgrat der Berliner Mobilität stärkt und statt teurer Klimaexperimente auf kostengünstige, leistungsfähige und alltagstaugliche Beförderungssysteme setzt. Bei einem Zuschlag des Nationalen Olympischen Komitees zur Berliner Olympiabewerbung ist ein Konzept vorzulegen, welche Maßnahmen in welchem zeitlichen Rahmen zu ergreifen sind, um den ÖPNV rechtzeitig in die Lage zu versetzen, die erwarteten Besucherströme reibungslos aufnehmen zu können.

***Begründung***

Nach einer aktuellen Umfrage sehen nur zwei Prozent der Berliner eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs durch die Politik der schwarz-roten Berliner Landesregierung. Das belegt ein massives Vertrauens- und Leistungsdefizit in einem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, der für Millionen Berliner täglich von zentraler Bedeutung ist.

Wir haben in unserem Positionspapier „Hauptstadtmobilität 2035“ bereits umfassende Vorschläge für einen leistungsfähigen, sicheren, sauberen, barrierefreien und technisch modernen ÖPNV vorgelegt. Dazu zählen insbesondere Taktverdichtung, bessere Anbindung neuer Quartiere, verbesserte Echtzeitinformation, höhere Sicherheitsstandards, mehr Aufenthaltsqualität, eine beschleunigte Modernisierung von U-Bahn und S-Bahn, die umfassende Barrierefreiheit sowie Technikoffenheit bei neuen Verkehrsträgern.

Der Senat bleibt jedoch bislang eine erkennbare Verbesserung schuldig. Statt Symbolpolitik, kleinteiliger Ankündigungen und kostspieliger Klimaexperimente braucht Berlin einen öffentlichen Nahverkehr, der zuverlässig fährt, verständlich informiert, Sicherheit gewährleistet und neue Wohn- und Entwicklungsgebiete von Anfang an tatsächlich erschließt. Ein Weiter-so, das zunächst nur eine Stabilisierung des Betriebs vorsieht und eine Weiterentwicklung erst ab 2030 anpeilt, ist absolut unzureichend.

Berlin, den 15. Juni 2026

Dr. Brinker Wiedenhaupt  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion